

# Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Schleicher droht mit Reichstagsauflösung

### Das Parlament soll die Verschleppung der Winterhilfe wortlos hinnehmen – Heute Entscheidung über die Amnestie

Berlin, 20. Dezember.

Die angekündigte Sitzung des Aeltestenrats des Reichstags fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Göring statt. Zweck der Sitzung war die Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstags. Der Aeltestenrat traf jedoch noch keine Entscheidung. Er beschloß, heute abend 7 Uhr nach der Sitzung des Reichsrats, in der über die Amnestievorlage entschieden werden soll, nochmals zusammenzutreten, um sich dann endgültig über die Frage der Reichstageinberufung zu entscheiden.

Einleitend führte Präsident Göring aus, daß eine Reichstageinberufung vor Weihnachten an sich wenig erwünscht sei. Wenn der Reichsrat gegen die Amnestie Einspruch erheben sollte, stehe ihm außerdem eine 14-tägige Frist zur Begründung des Einspruches zu. In der anschließenden, beinahe ein- und einhalbstündigen Aussprache blieben die Kommunisten mit dem Antrag auf Einberufung des Reichstages zur Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung und zur Abstimmung über ihren Mißtrauensantrag allein.

Auch die Sozialdemokraten schwenkten also hierbei in die Schleicher-Front ein.

Ein sozialdemokratischer Antrag, den Reichstag auf Donnerstag einzuberufen, um über die Winterhilfe und nötigenfalls auch über die Amnestie zu debattieren, fand außer den Antragstellern nur die Unterstützung der Kommunisten.

Die Nazis setzten also ihre Tolerierungspolitik gegenüber dem Schleicher-Kabinett fort.

Schließlich einigte man sich darauf, die Entscheidung erst dann zu fällen, wenn die Entscheidung des Reichsrates über die Amnestie vorliegt.

Ungeachtet der vom Präsidenten Göring vorgetragenen Bedenken wird jedoch angenommen, daß der Aeltestenrat heute abend die Einberufung des Reichstags auf Donnerstag, 22. Dezember, nachmittags 3 Uhr, beschließen wird, falls gegen die Amnestie im Reichsrat Einspruch erhoben werden sollte.

Diese Stellungnahme des Aeltestenrats gibt der Reichsregierung unzweifelhaft eine starke Waffe in die Hand, um noch vor der Entscheidung des Reichsrates auf die Vertreter der Länder und Provinzen dahin einzuwirken, daß sie von der Erhebung des Einspruches Abstand nehmen. Trotzdem ist die Lage im Reichsrat bis jetzt noch nicht völlig geklärt.

### Das Zentrum vermittelt

Von seiten führender Zentrumsmitglieder sind, obwohl das Zentrum im Reichstag gegen die Amnestie gestimmt hatte, angesichts des Ernstes der Lage Schritte eingeleitet worden, um die württembergische und badische Regierung, in denen beiden das Zentrum die Führung hat, zum Einlenken in der Amnestiefrage zu bewegen.

### Die Reichsregierung droht

Die Hugenberg-Presse berichtet: „Man befürchtet in politischen Kreisen, daß die Winterhilfe vor Weihnachten nicht mehr zur Durchführung kommen wird.“

In Kreisen der Reichsregierung erklärt man nun zu den Bestrebungen, wegen der Winterhilfe das Parlament noch vor Weihnachten zusammentreten zu lassen,

daß die Regierung keinesfalls in der Lage und gewillt sei, eine solche Demonstrationspolitik der Parteien hinzunehmen,

die eine Störung jeder ruhigen Regierungsarbeit bedeuten würde. Die Reichsregierung sei zwar bereit und gewillt, in Frieden mit der Volksvertretung zusammenzuarbeiten, diese müsse sich aber ihrer positiven Verantwortung bewußt bleiben und dürfe sich nicht zu sinnlosen, die Regierungsarbeit störenden Demonstrationen hingeben, wenn das Parlament nicht das Recht verlieren wolle, an der Gestaltung der politischen Ereignisse mitzuarbeiten.

Die Warnungen der Regierung werden mit Nachdruck und Ernst von den zuständigen Stellen vorgetragen, und

es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Regierung sofort zur Reichstagsauflösung schreiten würde,

sofern das Reichstagsplenum die Agitationspolitik der Ausschüsse in der Frage der Winterhilfe fortsetzen sollte. Im übrigen hofft man jedoch, daß es der Reichsregierung gelingen wird, die Nationalsozialisten dahin zu beeinflussen, diesen Bestrebungen der Kommunisten und Sozialdemokraten sich nicht anzuschließen, da ein Zusammentritt des Parlaments auch die schnelle Durchführung der Amnestie vor Weihnachten selbst dann gefährden würde, wenn der Reichsrat keinen Widerspruch erhebt. Im ganzen also hofft man immer noch, den Reichstagszusammentritt vor Weihnachten vermeiden zu können.“

Diese Darlegungen zeigen mit aller Deutlichkeit die politischen Absichten des Kabinetts Schleicher. Es sind kaum fünf Tage vergangen seit der „versöhnlichen“ Rundfunkrede des „sozialen Generals“ – und schon „bringt er nicht mehr den Frieden, sondern das Schwer!“ Man möchte zwar gern mit dem Parlament „zusammenarbeiten“, weil eine solche demokratische Kulisse manches erleichtert, aber nur unter der Voraussetzung, daß das Parlament „Vernunft annimmt“, das heißt kuschelt. Die Hugenberg-Presse offenbart das mit erfrischender Deutlichkeit.

Die Entscheidung über die Winterhilfe soll nun endlich am Mittwoch getroffen werden. Es geht nur noch darum, wie klein man den Brocken machen kann, den man den hungernden Massen gnädigst bewilligen wird. Die ganze rechtsstehende Presse ist angefüllt von lautem Geschrei über den großen Betrag, den die Winterhilfe nach den Beschlüssen der Reichstags-Ausschüsse angeblich verschlingen würde. Für die Steuergutscheine, für Subventionen an Banken, Industrie und Handel, für die Osthilfe an die Großagrarien, für Rüstungen – für all das und vieles andere, was den Interessen der herrschenden Klasse entspricht, sind Milliarden und Abermilliarden vorhanden. Wenn aber einmal ein paar hundert Millionen Mark gebraucht werden, um die allerbitterste Not der Allerärmsten etwas zu lindern – dazu ist natürlich kein Geld da!

In der gleichen Stunde, in der über diesen ewigen schäbigen Kuhhandel der verschiedenen Ministerien über die kümmerliche Winterhilfe berichtet wird, geht die Meldung heraus,

daß der Reichspräsident v. Hindenburg der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege folgendes Antwortwort in handschriftlicher Aufzeichnung hat zugehen lassen:

„Die Not muß alles Trennende überwinden. Wer den Ruf der Winterhilfe „Wir wollen helfen“ befolgt, der schafft neue Hoffnung und neuen Glauben an Volk und Vaterland! Berlin zu Weihnachten 1932. von Hindenburg.“

Die deutsche „Pressefreiheit“ verbietet uns leider, die Gedanken wiederzugeben, die die Millionen von Arbeitslosen und Rentnern bewegen werden, wenn sie gleichzeitig diese Botschaft Hindenburgs und die Nachricht, daß die Winterhilfe wahrscheinlich vor Weihnachten nicht mehr durchgeführt werden wird, zu Gesicht bekommen!

Das Kabinett Schleicher gibt der deutschen Arbeiterklasse einen Anschauungsunterricht, wie er nicht eindeutiger gedacht werden kann. In wenigen Tagen werden wieder im ganzen Lande die Weihnachtsglocken läuten, werden die Herren dieser Regierung und die ganze herrschende Klasse das Fest der „christlichen Nächstenliebe“ feiern und Gänsebraten und Karpen werden ihnen vorzüglich munden. Daß sie den notleidenden Massen ein Stück Brot, einen Bissen Fleisch und ein paar Kohlen verweigert haben, daran werden sie in diesen festlichen Tagen nicht denken –, aber es wird hoffentlich nicht mehr allzu lange dauern, bis die Stunde kommt, in der sie vom Proletariat sehr unanständig daran erinnert werden!

### Neue schwere Verluste der NSDAP

Am vergangenen Sonntag fanden in Alsdorf (Rheinland) Neuwahlen zum Gemeinderat statt, da verschiedene Umgeänderungen vorgenommen worden waren. Die Stimmen der Nationalsozialisten gingen dabei von 914 bei der letzten Reichstagswahl auf 496 zurück. Die stärkste Fraktion mit 10 Sitzen stellt die KPD; es folgen Zentrum mit 7, Bürgerliche Liste und Sozialdemokraten mit je 3 Sitzen und die Nazis mit 1 Sitz.

In der kleinen Stadt Ostritz fanden ebenfalls Gemeindevahlen statt. Da dort die Wahlbeteiligung sehr stark war, konnten alle Parteien ihre Stimmen gegenüber der Reichstagswahl steigern, während die Nationalsozialisten als einzige Partei einen erheblichen Stimmenrückgang, und zwar von 429 auf 320 Stimmen zu verzeichnen hatten.

### Schreckensurteil für kommunistische Propaganda

Posen, 19. Dezember.

ON. Vor dem Posener Militärgericht hatten sich mehrere Soldaten wegen kommunistischer Agitation im polnischen Heere zu verantworten. Es wurde ihnen nachgewiesen, daß sie Flugblätter der Kommunisten in den Kasernen zur Verteilung gebracht hatten. Ein Unteroffizier wurde zu 7 Jahren Gefängnis, drei Soldaten zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Ferner wurden alle vier aus dem Heere ausgestoßen.

### „Reformierung“ der SPD?

Zahlreiche (vor allem junge) Sozialdemokraten pflegen bei Diskussionen in letzter Zeit, die Politik ihrer Partei zu verurteilen. Sie erklären jedoch, es sei durchaus möglich, diese Partei, in der noch wie vor die wichtigsten Schichten der Arbeiterschaft: Jüden, von Grund auf umzugestalten. Die Möglichkeit einer solchen Reform sei um so leichter, als ja durch die große Verelendung der breiten Massen einerseits, die Herausdrängung der SPD aus dem Staatsapparat andererseits, die soziale Basis für den Reformismus geschwunden sei. Die falsche Politik, die die Partei heute noch führe, sei größtenteils aus der Ueberalterung der Führung zu

### Heute!

### Aktuelle Reportage aus dem Ruhr-Kohlenpott!

1. Seite Beilage

erklären. Die neue, junge Generation aber, unbelastet von reformistischen Traditionen, werde die Partei verändern. Ist hierbei auch der Wunsch der Vater des Gedankens, so müssen wir doch, im Hinblick auf die weite Verbreitung dieser Meinungen, zu ihnen Stellung nehmen.

Abgesehen von der meist sehr schematischen Vorstellung von der ökonomischen Perspektive und von der ganz und gar dem bürgerlichen Denken entnommenen Ueberwertung des Generationenproblems, liegt der erste und grundlegende Fehler der ganzen Argumentation in dem völligen Unverständnis für die Marxsche und Leninsche Auffassung von der Rolle der Partei. Es wird nämlich angenommen, der objektive Zwang der Verhältnisse werde in den Massen der SPD und Gewerkschaften von selbst, spontan das richtige, revolutionäre Klassenbewußtsein aufkommen lassen, und diese Massen würden dann die Führung zu richtiger Politik zwingen.

Das aber ist grundfalsch! Das kapitalistische System mit seinen Widersprüchen erzeugt in den Köpfen unentwegt, elementar und im Massenmaßstab falsches Bewußtsein. Die Aufspaltung und Differenzierung des Proletariats selbst nach nationalen, lokalen und beruflichen Sonderinteressen, die Widersprüche der wirtschaftlichen Entwicklung, die aus dem kapitalistischen System entstehenden Ideologien, die dem Einzelnen durch Schule, Kirche, Presse, Kino, Theater usw. eingebracht werden, machen eine spontane Entfaltung des Klassenbewußtseins unmöglich. Wie wäre es sonst möglich, daß nach 14 Jahren grausamer Erfahrungen noch immer Millionen von Arbeitern an bürgerliche Demokratie, Parlamentarismus, Völkerbund etc. glauben? Wie wäre der Masseneinfluß der bürgerlichen Parteien und des Faschismus im Proletariat zu erklären? Nein – ohne eine von richtigen, revolutionären Grundsätzen bestimmte, diese Grundsätze in der Politik anwendende Avantgarde, die durch geduldige, beharrliche Arbeit das Vertrauen der breiten Massen gewinnt, durch den Kampf ihr Bewußtsein klärt und sie um



Zusammenbruch an der Ruhr

Reportage aus den Elendsquartieren im Ruhr-Kohlenpott

Das Ruhrgebiet ist immer das Herz Deutschlands genannt worden...

Der Niedergang

Wer von Hamm kommend, mit der Eisenbahn ins Ruhrgebiet fährt, der findet, daß von den vielen unzähligen Schornsteinen nur noch wenige rauchen.

Seit 1920 sind nicht weniger als 113 Zechen in den Niedergangsstrudeln des Kapitalismus künstlinger worden.

Sie hatten eine Förderleistung von 21,21 Millionen Tonnen jährlich. Mit ihrer Stilllegung verloren 22.000 Bergknappen Brot und Arbeit...

Der Bergmann

Früher waren es 420.000 Bergleute, die in die aufgewühlte Unterwelt des Ruhrkohlenpotts hineinführten.

200.000 sind heute arbeitslos.

Aber denen, die noch das „Glück“ haben, in der Fron allgewaltiger Zechenkönige zu stehen, hat die Technik das Los nicht erleichtert...

Der Hüttenarbeiter

81 Prozent der gesamten deutschen Eisen- und Stahlerzeugnisse schaffen die Hüttenproleten an der Ruhr.

Statt 99 Millionen im Jahre 1922 zahlen die Zechenbarone an der Ruhr ihren Bergsklaven nur noch 40 Millionen Mark im Monat.

des „Klökner Konzerns“ weist zwei kleinen „Reingewinn“ auf, sieht man aber genauer hin, dann betragen selbst in diesem Krisenjahr die Abschreibungen 7,92 Millionen Mark.

Der Erwerblose

Das Landesarbeitsamt Westfalen gibt an: Beschäftigte im Okt. 1931 1.084.000, Okt. 1932 1.011.000, Arbeitslose im Okt. 1932 472.000.



Die Kohlenhalden wachsen ins Unendliche

Kamine kaum in Betrieb... werden umgelegt

leten sind arbeitslos oder stehen in Kurzarbeit. Das Einkommen dieser erwerblosen Familien mit 2 bis 3 Köpfern beträgt durchschnittlich 47 Mark im Monat.

Wie die Arbeitslosen im Kohlenpott leben, darüber schrieb der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel kürzlich in der „Kölnischen Zeitung“.

„Durchschnittlich beträgt der Unterstützungssatz in Wanne-Eickel für 2, 3 Personen 47 Mark monatlich. Bei Abrechnung von 20 Mark Miete verbleiben im Monat für Kleidung, Licht, Brand, Wäsche, für jeden Tag zum Leben 90 Pfg. für eine Person also 38 Pfg.“

chen und graben Schiatskohle. Hart bei den Schlammkohlenstümpfen liegen haushohe, fast endlose Kohlenhalden. Man könnte mit diesen aufgetürmten Halden eine chinesische Mauer um das ganze Ruhrgebiet legen...

„Weshalb stehlen sie denn Kohlen“, hört man entrüstete Spießbürger sagen, „wo das Kohlensyndikat seine Lagerbestände an alle Hilfsbedürftigen zu verbilligten Preisen abgibt?“

Der Zentner kostet 85 Pfennig. Können denn erwerblose Proleten diesen Preis zahlen? Viele versuchen sich auf andere Art zu helfen.

schnell ein und „legt“ den Pütt der Selbstversorger „stille“.

Wer von den Niedergedrückten, Geplagten und Hoffnungslosen noch ein Fünkchen Unternehmungsgestirbt besitzt, betreibt einen „schwunghaften“ Handel.

Proletarierjugend

Bitter ist das Los der jungen Generation. Der Staat fühlt sich gegenüber diesen Jungens zu nichts verpflichtet.

Nach § 1603 des BGB ist unterhaltspflichtig, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesgemäßen Unterhalts, den Unterhalt zu gewähren.

Sehr richtig! könnte man dieses Urteil kommentieren. Was aber wird aus dem Jungen? Wenn er nicht vorhungern will, muß er stehlen.

Obdachlos

Das Anwachsen der Not führt täglich zu neuen Familientragödien. Es gibt keine

Wohnungsnot mehr, man muß an Miete sparen, deshalb wird die „große“ Wohnung gegen eine kleine eingetauscht. Und die Folgen? Eine Zeitungsnote darüber:

„Auf traurige Weise zu Tode gekommen ist das 8 Wochen alte Kind einer Familie die mit 6 Kindern 2 Mansardenzimmer bewohnte. Der Säugling mußte mit einem zweijährigen Kind das Bett teilen.

Sogenannte „billige“ Proletenwohnungen werden in der Ruhrpresse massenhaft zur Miete angeboten. Wie das kommt, dazu erhält man leicht die Erklärung, wenn man täglich in den Arbeitervierteln kümmerliche Hausbestände...

Schulkinderelend

Nirgendwo im Reich hat das Elend der Kinder solche Ausmaße angenommen wie im Kohlenpott. Zusammengepfercht zu 60 und mehr, sitzen sie in grauen, öden Schulräumen.

In Dortmund werden in den Schulen der besser bemittelten Schüler jeden Morgen Hunderte von Butterbroten gesammelt, die an die Schulen der armen Stadtgebiete verteilt werden.

Table with 2 columns: item and price. Items include 1 Pfd. Spekulatius, 2 Pfd. Schokoladen-Printen, etc.

Eine Schicksalswende kündigt sich im Westen an. Untergang in der Barbarei oder Aufsteig zum Sozialismus, so stellt die Geschichte die Frage.





# Zum Bauarbeiterstreik

In Breslau — Mittelschlesien

Der Kampf der mittelschlesischen Bauarbeiter gegen den willkürlich von den Unternehmern diktierten Lohnabbau geht nun schon die dritte Woche mit unverminderter Schärfe weiter. Bekanntlich besteht die Differenz darin, daß die Unternehmer sich weigern, entsprechend dem im November gefällten Schiedsspruch die bisherigen Tariflöhne von 92 Pfg. in der Spitze weiter zu bezahlen, sondern einmündig bestimmt haben, daß der Lohn auf 87 Pfg. in der Spitze herabgesetzt wird.

Trotz der ungünstigen Jahreszeit ist erfreulicherweise festzustellen, daß der Kampf im ganzen gut steht und daß alle Versuche der Unternehmer, mit Hilfe der bürgerlichen Presse und durch zahllose Briefe an erwerbslose Bauarbeiter, Streikbrecher zu gewinnen, vergeblich sind. Die streikenden Bauarbeiter haben aber auch täglich eine ungeheure Arbeit zu leisten, um die vielen, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen meist von außerhalb herangelockten Bauarbeiter von den vielen, sehr zerstreut liegenden Baustellen fernzuhalten.

Es ist notwendig, daß hierbei die arbeitslosen Bauarbeiter weit mehr als bisher mitteilen und die Streikposten unterstützen.

Wichtig ist vor allem, daß die arbeitslosen Kollegen wie alle Bauarbeiter sehr scharf auf irgendwelche Bautätigkeit aufpassen. Wo irgendwie durch Abfahren von Bauschutt, Zufahren von Baumaterial eine Bautätigkeit festgestellt wird, muß auf dem schnellsten Wege Meldung an das zentrale Streikbüro im Gewerkschaftshaus, Breslau, bzw. außerhalb Breslaus in den einzelnen Streiklokalen erstattet werden, damit schnellstens die notwendigen Abwehrmaßnahmen getroffen werden können.

Zur Orientierung sei mitgeteilt, daß ein großer Teil der Unternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligt bzw. die vom Unternehmerverband diktierten Abnahmemaßnahmen nicht durchgeführt haben. Dort, d. h. bei einem Drittel der beschäftigten Bauarbeiter, wird weitergearbeitet. Soweit aber bei irgendeiner Baustelle Zweifel bestehen, ob es sich hier um Streikarbeit oder um bewilligte Arbeit handelt, muß bei der Streikleitung angefragt werden.

Daß auch die erwerbslosen Bauarbeiter in ihrem eigenen Interesse alles tun müssen, um diesen Kampf erfolgreich zu gestalten, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Unternehmer ab 1. Januar 1933 überhaupt einen tariflosen Zustand herbeiführen, und durch gegenseitiges Ausspielen der Arbeiter die Löhne noch weit tiefer als bisher herunterdrücken wollen. Das Ziel dieses Kampfes ist daher, mindestens den bisherigen Tariflöhnen zu halten, auch über die Zeit des 31. Dezember hinaus. Gleichzeitig muß erreicht werden, daß die kommende Tarifablaufzeit auf einen günstigeren Termin, d. h. für die Monate März, April oder Mai, verlegt wird.

Den Unternehmern ist es bei der ganzen Bewegung nicht recht wohl. Viele haben sich schon in sehr drastischer Weise gegen die Puscharbeit der arbeitswilligen Elemente ausgesprochen und wären froh, wenn sie wieder ihren alten eingearbeiteten Stamm von Arbeitern hätten.

Im ganzen ist die Stimmung der Streikenden sehr gut, was auch daraus hervorgeht, daß die Versammlungen durchweg überfüllt und vom besten Kampfgeist getragen sind.

## RGO-Schwindel

Vom DMV, Ortsverwaltung Breslau, wird uns geschrieben:

Die RGO treibt ihr unehrliches Manöver im Großen und im Kleinen. In einem Einladungsflugblatt, überschrieben: „An die Metallarbeiter der Breslauer Betriebe! An alle Kollegen des DMV! lud die RGO zu einer „Aussprache aller Metallarbeiter“ ein. Schon der Inhalt des Flugblattes stand in striktem Gegensatz zur Wahrheit. Unterzeichnet war das Flugblatt: „Die DMV-Opposition: R. Kaulisch, A. Wuttke, R. Müller, K. Schäfer, F. Nowack.“ Eine Rücksprache mit den Unterzeichnern, die als alte Gewerkschaftler im Flugblatt bezeichnet waren, hatte folgendes Ergebnis:

R. Müller, Klempner, hat schon seit 1. Juli 1931 keine Beiträge mehr bezahlt und ist längst als Mitglied gestrichen. Trotzdem gab er uns folgende schriftliche Erklärung:

„Der Unterzeichnete erklärt, daß er nicht Mitglied der RGO ist, daß sein Name ohne sein Einverständnis unter eine Einladung der RGO an alle Metallarbeiter gesetzt wurde, daß er die Bestrebungen der RGO nicht unterstützt, da sie nur zur Uneinigkeit und zur Zersetzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes führen.“

Die gleiche Erklärung gaben auch die Kollegen Kurt Schäfer, Dreher, und F. Nowack. Der Dreher Artur Wuttke gab folgende Erklärung:

„Der Unterzeichnete erklärt nach einer Aussprache in einer Sitzung der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Breslau folgendes:

Ich habe bei Dunkelheit (II) mein Einverständnis gegeben, meinen Namen unter

eine Versammlungseinladung zu setzen. In dem Text zu dieser Versammlungseinladung war von der RGO keine Rede, sonst hätte ich mich geweigert, die Unterschrift zu geben. Ich bedauere, daß meine Unterschrift zu einer Versammlungseinladung an alle Metallarbeiter der RGO gesetzt worden ist.

Ich bin nicht Mitglied der RGO und werde es in Zukunft ablehnen, die RGO zu fördern und zu unterstützen. Soweit die RGO eine Schädigung und Zersetzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und eine persönliche Verunglimpfung der Funktionäre des Verbandes betreibt, werde ich ihr entgegenzutreten.“

Der Former Richard Kalisch gab eine ähnliche Erklärung wie Wuttke ab, in der er bedauerte, seinen Namen zu einer Unterschrift dieses RGO-Schwindels gegeben zu haben. Gegen eine solche Sorte von Klassenkämpfern, wie sie die Drahtzieher der RGO sind, muß die Arbeiterschaft ganz entschieden Stellung nehmen.

Diese „Aktion“ der RGO, wie auch die kläglichen Erklärungen der Unterzeichner des Flugblattes beweist wieder einmal, wie die „innergesellschaftliche Betätigung“ der RGO in der Praxis aussieht. Einige Drahtzieher in der RGO-Leitung, die in der Regel von gewerkschaftlicher Arbeit keine Ahnung haben, ziehen alle möglichen Geschichten an grünen Tische auf, die dann von anderen unterschrieben werden müssen. Diese Arbeiter, die meist im besten Glauben handeln, werden dadurch in die beschämende Lage gebracht, das von ihnen selbst Unterschriebene vertreten zu können. So werden Heloten, aber keine aufrechten Klassenkämpfer erzogen.

## Quotenstreit

In der Internationalen Rohstahl-Gemeinschaft

Am 17. Dezember lagte die Internationale Rohstahlgemeinschaft, die sich bekanntlich nur auf den europäischen Kontinent, unter Ausschluß von England und selbstverständlich auch Amerika, erstreckt. Es wurde dort festgelegt, daß die deutsche und französische Stahlindustrie die ihnen zustehende Lieferungsquote für den internationalen Markt angeblich wegen der niedrigen Preise nicht voll ausgenutzt, die Belgier aber ihre Quote weit überschritten haben. Da nach den Bestimmungen für jede Tonne Rohstahl, die über die vorgesehene Quote hinausgeht, 1 bis 4 Dollar an die gemeinsame Kasse bezahlt werden müssen, so hätten die belgischen Stahlindustriellen große Summen abzuführen. Sie wollen das aber nicht, sondern verlangen jetzt eine Erhöhung ihrer Quote und eine dementsprechende Verminderung für die deutsche und französische Stahlindustrie. Dieser Quotenstreit ist nicht erledigt worden, sondern es sollen die Statistiken nochmals geprüft und eine endgültige Regelung in einer neuen Sitzung im Laufe des Januar 1933 herbeigeführt werden.

## Halle a. S.

Oppositionelle Kollegen im DMV Halle-Merseburg: Augen auf!

Im DMV Halle-Merseburg wird jetzt eine organisatorische Umstellung vorgenommen. Die Verwaltungsstelle wird in ca. 25 Bezirke geteilt. Die Wahlen der Bezirksleiter und deren Stellvertreter finden in den Bezirksversammlungen statt. In der Stadt Halle sind die Wahlen abgeschlossen. Wie war nun das Ergebnis und welche Lehren sind daraus zu ziehen?

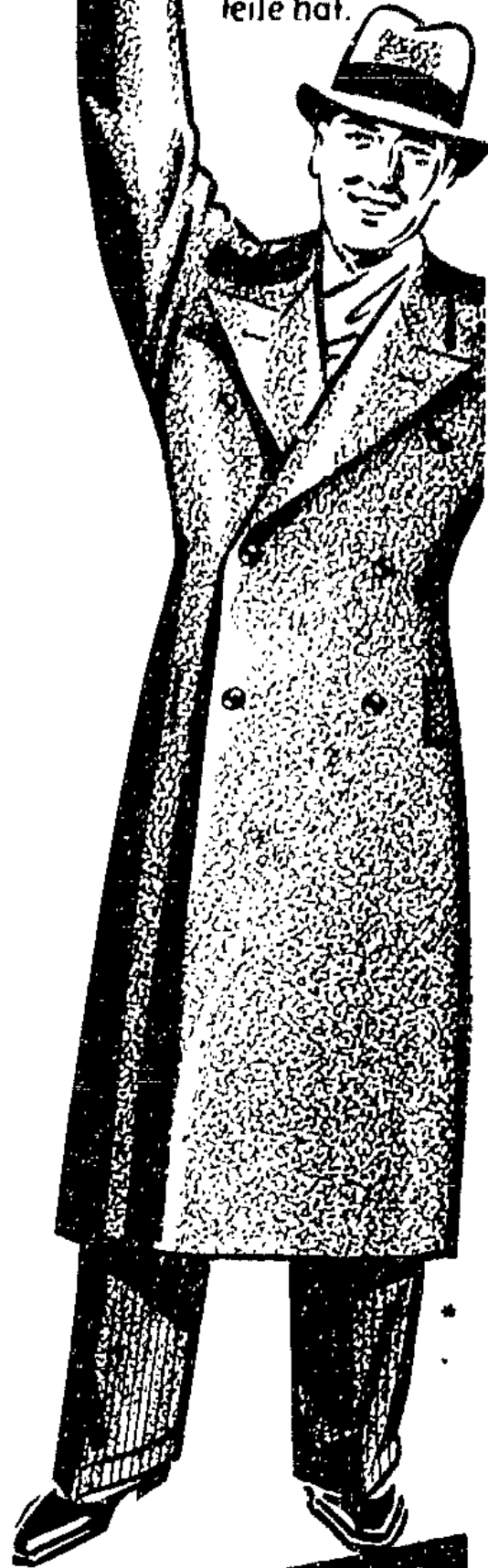
	Norden	Zentrum	Süden	
Opposition	51 (gesp.)	24	27	
Amsterdam	33	36	36	
Südwesten		Osten	Westen	Zusamm.
51 Los entsch.	20	75	248	
51 f. Amsterd.	27	43	226	

In allen Bezirken, außer dem Westen, wird der Bezirksleiter, der zugleich der erweiterten Ortsverwaltung angehört und stimmberechtigter Delegierter zur Generalversammlung ist, von der SPD gestellt. Daß die Opposition eine derartige Niederlage erleiden konnte, kommt vor allem auf das Schuldkonto der KPD. Jahrelang hat man von dieser Seite im Interesse der falschen RGO-Linie gehetzt gegen die Gewerkschaften und wollte einfach nicht erkennen, daß die Gewerkschaften unter revolutionärer Führung zu einem ausschlaggebenden Faktor der Klasse werden könnten. Zäh, unermüdete Arbeit gegen den verderblichen reformistischen Kurs hätte gerade im DMV-Falle zum Erfolg führen können. Jetzt müssen selbst führende KPD-Genossen zugeben, daß ihre falsche Gewerkschaftspolitik lediglich den Reformisten genutzt hat. Wir wollen hoffen, daß diese Erkenntnis auch zur Neuorientierung führt. In nächster Zeit finden in den Bezirken die Delegiertenwahlen statt. Wenn die Opposition geschlossen vorgeht, wird sich der zweifelhafte „Sieg“ der Reformisten in eine eindeutige Niederlage verwandeln.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck Th. Schatzky A.G., Breslau Neue Graupenstraße 7. Expedition: Breslau Kleine Holzstraße 3 Treppe. Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postcheckkonto Breslau 757 89 oder: Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92. Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3. Treppe. Telefon 206 02. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Prager bringt wieder Meisterleistungen

Von denen man in Breslau und Umgebung die größten Vorteile hat.



Werbe-Klasse

Ullsterpaletts od. Ullster, in allen r. odern. Mustern und Farbönen

39.- 25.- 21.-

13.95

Rekord-Klasse

aus erprobten reiß- und dehnfest. Stoffen, m. gut. Zutat, ganz auf Atlas-K. Seide od. mit K.-Seidem satte

45.- 42.- 37.-

33.-

Meister-Klasse

aus schw. Velour-, Shetland- u. Kammgarn-Quall gar. reine Schurwolle gute Werkstättenarbeit

65.- 58.- 49.50

45.-

1914-1917-1918-1919-1920-1921-1922-1923-1924-1925-1926-1927-1928-1929-1930-1931-1932-1933

Prager  
BRESLAU-ALBRECHTSTR. 51

**STADTTHEATER**  
Dienstag, gegen 22.30  
Abonnement-Vorstellung A 8  
**Tiefeland**  
Mittwoch, 20—22.30  
Abonnement-Vorstellung B 8  
**Der Opernball**  
Donnerstag, 20—22.30  
Abonnement-Vorst. D 8  
**Friedemann Bach**  
Kauft nur bei unseren Inserenten!

**LOBETHEATER**  
täglich 20.15—22.30  
**Heimkehr des Olympiasiegers**  
Freitag, 20.15 (und täglich) Zum 1. Male!  
**Die Töchter der Exzellenz**  
Lustspiel von Bus-Fekete  
**GERHART-HAUPTMANN THEATER**  
täglich 20.15—22  
**Bargeld lacht**  
Freitag, 20.15 (und täglich) Zum 1. Male!  
**Auslandreise**  
v. Oesterreicher und Hirschfeld

das wertvollste geschenk ist ein buch!

unser neu eingerichteter buchvertrieb bietet eine große auswahl preiswerter und guter bücher, der verkauf findet täglich in der geschäftsstelle der saz, kleine holzstr. 3, statt.

**saz-buchvertrieb**

## Wo decke ich meinen Bedarf?

im möbelhaus  
möbel das heim  
preiswert königsplatz 4  
**Vogelwälder · Kolonialwaren**  
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53  
**Genossen! Fahrräder = Motorräder** von den Ersatzteilen  
bei **Karl Borsst Jun.**, Steinauer Straße 12a.  
9% Kolonialwaren **Josef Walter** 9%  
Mariannenstr. 21, Ecke Berliner Str.

**WESTEN**  
Kolonialwaren · Spirituosen · Zigarren  
**Alfred Köpperl**  
Edeka-Geschäft Westendstr. 56  
**Oskar Laqua**  
Anderssenstraße 31  
Kolonialwaren  
**Obst · Gemüsc · Kolonialwaren**  
Erich Völkel Bergstraße 36

**Franz Rzehulka**  
Kolonialwaren / Tabake  
Altenstraße 48, Ecke Leuthenstr.  
**Lebensmittelhaus**  
**Heinrich & Co.**  
Frankfurter Straße 154  
**Kolonialwaren**  
Anderssenstr. 2 R. & J. LUX Leuthenstr. 52